

Ostdeutsche Presse.

Erscheint täglich, ausgenommen an Sonn- und Festtagen, je 2-4 Bogen stark.
Wöchentlich drei Gratis-Beilagen: „Bromberger Verkehrs-Zeitung“ (4 Seiten stark),
„Unterhaltungsblatt“ (8 Seiten stark),
„Illustriertes Unterhaltungsblatt“ (8 Seiten stark).

In Bromberg kostet die Zeitung: Abgeholt aus unserer Geschäftsstelle, Wilhelm-Straße 20,
oder aus einer unserer Ausgabestellen vierteljährlich 1,75 Mark, für 2 Monate 1,20 Mark,
für 1 Monat 0,60 Mark.
Frei ins Haus: vierteljährlich 2 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., für 1 Monat 0,70 Mk.

Für Auswärts nimmt jede Postanstalt Bestellungen entgegen (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 6119)
und kostet die Zeitung vierteljährlich 2 Mark.



Anzeigen nehmen außerhalb sämtlicher Zeitungen an; außerdem Rudolf Mosse, Haasenstejn u.
Bogler, G. E. Daube u. Co., sowohl in Berlin als ihren übrigen Nebenplätzen; Bernhard Wundt
in Berlin; Heinrich Eisler in Berlin, Hamburg, S. Salomon, Ettin; Sociétés Havas Lafitte
& Co., Paris 8 Place de la Bourse. Alois Herndl, Wien, I, Schulerstraße 14.

Die 7-gelappte Beilage oder deren Raum kostet 20 Pf. Arbeitsmarkt 15 Pf.
Reklamen-Zeile 50 Pf. Wohnungs-, Arbeitsmarkt- und Auktions-Anzeigen dieser Zeitung finden
unentgeltliche Aufnahme in dem „Bromberger Straßen-Anzeiger“, welcher täglich an die
Anschlagskäulen geheftet wird.

Unberlangt eingelangte Manuskripte werden nur dann zurückgeschickt, wenn das Porto beigelegt war.

26. Jahrgang.

Unsere Geschäftsstelle besorgt Anzeigen für sämtliche in- und ausländische Zeitungen zu Originalpreisen ohne jeden Aufschlag.

26. Jahrgang.

Nr. 42.

Bromberg, Donnerstag, den 19. Februar.

1903.

Zum Rücktritt von Bitters.

In einzelnen Preßorganen wird im unmittelbaren Anschluß an die Nachricht von dem Rücktritt des Herrn v. Bitter mit einer langen Liste von Kandidaten aufgewartet, die für seine Nachfolge in Betracht kommen sollen, wobei so ziemlich die Namen aller Persönlichkeiten genannt werden, die einmal in der Ostmark eine Rolle gespielt haben. Wir verzichten auf die Wiedergabe dieser Liste schon darum, weil die Ungewißheit bezüglich des Erfolges für Herrn v. Bitter voraussichtlich nur kurze Zeit dauern wird, und wollen nur Notiz nehmen von folgender Meldung der „Nat.-Ztg.“:

„Als künftiger Oberpräsident von Posen wird in mehreren Blättern der Staatssekretär Graf Rosadowsky genannt. Dies ist indes eine durchaus unbegründete Vermutung, zumal gegenwärtig zu einem Wechsel im Staatssekretariat des Innern keinerlei Anlaß vorliegt. Der künftige Oberpräsident von Posen ist bereits designiert; es ist ein hervorragender Verwaltungsbeamter. Die Ernennung dürfte in den nächsten Tagen erfolgen.“

Wenn die letztere Angabe zutrifft, wird man sich bis dahin wohl gebüden können.

Unter den Preßauslassungen, die über den Rücktritt des Herrn v. Bitter vorliegen, sind einige nicht uninteressante. Gegenüber der „Voss. Ztg.“, die ihr Urteil dahin geäußert hat, der Bund der Landwirte hätte in Herrn v. Bitter seinen Gönner und Beschützer gesehen, schreibt die agrarische „Deutsche Tageszeitung“:

„Der Oberpräsident der Provinz Posen ist nie als ein Gönner und Schützer des Bundes der Landwirte gewesen, und der Bund der Landwirte hat in ihm nichts weniger als einen Gönner und Schützer gesehen. Es ist noch nicht ein Jahr her, da beschuldigte man uns, Herrn Dr. von Bitter für den Bund der Landwirte zu gewinnen, und wir haben in der „Deutschen Tageszeitung“ stets die geschäftliche Nichtigkeit des Herrn v. Bitter anerkannt. An der ist nicht zu zweifeln. Sympathie haben wir für ihn niemals gehabt und aus diesem Mangel an Sympathie niemals ein Hehl gemacht. Er gehörte und gehört zu den Beamten, die in allen Steteln gerecht sein wollen, — das ist ein Beamtentypus, der uns nicht im mindesten sympathisch ist. Selbstverständlich rechnet ein solcher Beamter mit den realen Machtverhältnissen, und da diese verschiedener Art sind, wird er leicht den Eindruck der Unsicherheit, des Hin- und Hergehens machen und gerät auf diese Weise manchmal in Verhältnisse, aus denen man sich schwer oder kaum wieder herausfindet. Wer Herrn v. Bitter einen begeisterten Satisfaktion nennt, verkennt ihn ebenso wie die „Voss. Ztg.“, die in ihm einen Förderer des Bundes der Landwirte wittert.“

Das agrarische Blatt hat zweifellos recht: Herr v. Bitter war weder das eine noch das andere. Er wollte es, wie wir schon gestern hervorhoben, jedem recht machen, statt aus sich selbst heraus, unabhängig von der und jener Richtung, Politik zu machen; und daran ist er gescheitert. Daß er seiner Zeit in der Landwirtschaftskammer an dem Zustande-kommen einer Resolution zu gunsten des Herrn Endell beteiligt war, beweist nichts für seine Zuneigung zum Bunde der Landwirte. Er schwankte nur stets zwischen den innerhalb seiner Amtssphäre treibenden Kräften, das erklärt alles.

In der „Kreuzzeitung“ wird die nicht uninteressante Frage aufgeworfen, ob Herr von Bitter freiwillig seinen Posten aufgegeben, oder ob ihm der Entschluß von oben nahegelegt worden ist. Das Blatt schreibt:

Für jede dieser beiden Annahmen lassen sich Gründe beibringen. Man würde es wohl verstehen können, wenn der bisherige höchste Verwaltungsbeamte der Provinz Posen durch die Anforderungen die sein schon an sich verantwortungsvolles Amt bei den zerfahrenen Verhältnissen unter den Deutschen an ihn stellte, namentlich durch die Art, in welcher die Presse ihn mit den „Fällen“ des Provinzialfeuerdirektors Röhning und des Landrats v. Willich in Verbindung brachte, in einen Zustand hoher Nervosität versetzt worden und zu der Überzeugung gekommen wäre, daß seine Kräfte dem Amte nicht mehr gewachsen sind. Nicht minder verständlich aber wäre es, wenn die ihm vorgesetzte Instanz im Laufe der letzten Monate die Empfindung gewonnen hätte, daß sein Verbleiben in Posen unter den obwaltenden Verhältnissen nicht erwünscht sei. Welche dieser beiden Anschauungen die richtige ist, scheint uns von untergeordneter Bedeutung.“

Das konservative Blatt knüpft an diese Frage folgende allgemeine Betrachtung:

Für uns ist die Hauptsache, daß ein Beamter von so anerkannter Nüchternheit wie Dr. v. Bitter, ein Mann, der schon in anderen bedeutenden Stellen sein Verwaltungsgeschick in hervorragendem Maße betätigt hat, aus seiner jetzigen Stellung schon nach so kurzer Zeit scheiden muß. Im Hinblick hierauf drängt sich uns die Auffassung auf, daß es bei Festhaltung der bisherigen Ostmarkenpolitik für einen gewissenhaften Beamten überhaupt sehr schwer ist, sich für längere Zeit in der verantwortlichen Stellung zu halten, die Dr. v. Bitter bisher bekleidet hat.“

Die „Kreuzzeitung“ erwähnt dann die Angriffe, die in letzter Zeit in der Presse und im Parlament gegen Herrn von Bitter erhoben worden sind, und führt anknüpfend an eine Äußerung des „Berliner Tageblatts“, daß Herr von Bitter wohl hauptsächlich durch seine, des „Berliner Tageblatts“ Angriffe gestürzt worden sei, des weiteren aus:

„Die allgemeine Haltung unserer Staatsregierung würde der Auffassung, daß die bezeichneten Stellen auf den Rücktritt des Oberpräsidenten Dr. von Bitter von Einfluß gewesen sind, an sich nicht widersprechen. Notwendig ist aber diese Auffassung nicht. Man findet vielmehr für jenen Schritt eine sehr einfache Erklärung, indem man in ihm lediglich die natürliche Folge der trostlosen Verhältnisse in der Provinz Posen und der Überzeugung von der Erfolglosigkeit unserer bisherigen Ostmarkenpolitik erblickt. Auch wir haben uns leider mehr und mehr die Auffassung angeeignet, daß man den Ostmarken gegenüber von einer „Politik“ kaum noch reden kann, daß vor allen Dingen dem Vorgehen der Staatsregierung das wesentliche Merkmal für diesen Begriff fehlt, nämlich das feste Ziel in allen Einzelpunkten dieses Vorgehens und die Sicherheit seiner Erreichbarkeit bei Anwendung der unseren heutigen Anschauungen entsprechenden Mittel. Nach unserer Auffassung ist eine Besserung nur möglich, wenn die oberste Verwaltung der Provinz Posen einem Manne übertragen wird, der in gleicher Weise im Hinblick auf seine äußere Stellung wie auf seine Begabung des allgemeinen Ansehens gewiß sein kann, und wenn die Zentralinstanzen ihn durch Hineinreden in seine Verpaltung möglichst wenig beengten. Wenn zugleich unsere Ostmarkenpolitik einer Revision in der von uns angedeuteten Richtung unterzogen wird, dann aber auch nur dann besteht überhaupt noch die Hoffnung, die Provinz Posen in allen ihren Bevölkerungsgruppen in absehbarer Zeit auch innerlich an das preussische Staatswesen und das Deutsche Reich völlig anzugliedern.“

Auch wir haben gestern unsere Ansicht dahin ausgesprochen, daß der Posener Oberpräsident seine Aufgabe nur lösen kann, wenn sie an sich lösbar ist. An einer an sich unlöslichen Aufgabe muß auch der fähigste Politiker und Staatsmann scheitern. Vor allem verlangten wir, und diese Ansicht vertritt auch die „Kreuzzeitung“, wenn auch sicherlich aus einem anderen Gedankengang heraus, daß die Zentralregierung selbst über die Methode klar wird, die die Politik in der Ostmark einzuschlagen hat; es darf dies selbstverständlich keine Politik sein, die zwischen den Parteien hin und her schwankt, sonst wird auch der Nachfolger des Herrn von Bitter scheitern, wie dieser selbst gescheitert ist.

Politische Tageschau.

** Bromberg, 18. Februar.

Eine Interpellation haben im Abgeordnetenhaus die Nationalliberalen eingebracht: „Hat die Staatsregierung Kenntnis genommen davon, daß der Bischof von Trier den Eltern von Kindern, welche eine staatliche Schule besuchen, die Absolution verweigert hat, und welche Maßnahmen beabsichtigt die Regierung gegen diese geistlichen Übergriffe zu ergreifen?“ — Diese Interpellation stützt sich auf eine in den Pfarrkirchen der Stadt Trier von den Kanzeln verkündete Bekanntmachung, daß katholischen Eltern nicht erlaubt sei, ihre Kinder in nichtkatholische oder konfessionslose Schulen zu schicken, besonders wenn an denselben Orte katholische Schulen vorhanden seien. Der Grundsatz gelte auch für Trier und für die dortige konfessionslose höhere Mädterschule. Wenn katholische Eltern ihre Kinder dieser Schule überweisen, so verständigten sie sich schwer und könnten im Sakrament der Buße nicht losgesprochen werden.

In der gestrigen Sitzung der zweiten hessischen Kammer erklärte Staatsminister Nothe auf eine Anfrage, daß die hessische Regierung die Gründe nicht verkenne, welche dafür sprechen, den Reichstagsabgeordneten Diäten zu bewilligen; nicht minder seien derselben die Bedenken, die dem entgegenstehen, bekannt. Die hessische Regierung er-

achte aber die dafür sprechenden Gründe für überwiegend. Das Haus beschloß schließlich einstimmig, die Regierung zu ersuchen, beim Bundesrat aufs nachdrücklichste für die Bewilligung von Diäten einzutreten.

Die Budgetkommission der Reichstages genehmigte gestern mit 14 gegen 12 Stimmen die geforderten 564 Zivilhandwerker für die Bekleidungsämter des Gardekorps und des 15. Armeekorps und genehmigte in Verbindung damit mit allen gegen vier die geforderten Offiziersstellen für die infolge Freiwerdens der Militärhandwerker neu zu errichtenden vier Infanterieregimenten. Eine lebhafte Debatte entspann sich über die Gehaltsaufbesserung der Infanterie-Oberstleutnants. Die Weiterberatung erfolgt heute.

Das Ergebnis der Sachverständigenberatungen über die Fragen einer Reform des Strafprozesses wird demnächst den Einzelregierungen übermittelt werden. Nach Prüfung des Materials werden diese sich entscheiden, in welcher Weise die Ausarbeitung eines den gesetzgebenden Körperlichkeiten des Reiches vorzulegenden Gesetzentwurfs vorgenommen werden soll. An den Sachverständigenberatungen selbst sind die Einzelregierungen nicht beteiligt, dieselben bilden ein Interim des Reichsjustizamts.

Dem Reichstag ist, wie alljährlich, vom Reichsjustizamt eine Zusammenstellung betreffend die Anwendung der in den Bundesstaaten für die bedingte Begnadigung geltenden Vorschriften zugegangen. Daraus ergibt sich, wie die „Frei. Ztg.“ schreibt, daß seit Einführung der bedingten Begnadigung, welche in der Hauptsache 1895 stattfand, 52 268 derartige Begnadigungen bis zum 31. Dezember 1902 stattgefunden haben. Auf das Jahr 1902 entfallen 11 415 Fälle. Bei der bedingten Begnadigung wird die Strafvollstreckung für eine gewisse Zeit ausgesetzt und nach Ablauf derselben erlassen, wenn der Verurteilte sich entsprechend verhalten hat. Auf den preussischen Staat entfallen 31 415 Fälle der bedingten Begnadigung. Von derselben wird vorzugsweise zu gunsten solcher Verurteilten Gebrauch gemacht, welche zur Zeit der Tat das 18. Lebensjahr nicht vollendet haben. In Preußen kamen 1899 und 1900 auf je 100 verurteilte Jugendliche 16 Fälle bedingter Begnadigung, auf je 100 Erwachsene in derselben Zeit nur 0,3 Fälle. Zumeist handelte es sich um Verurteilungen zu Gefängnis bis zu 3 Monaten. Die Vollstreckung wurde ausgesetzt in den meisten Fällen für 2 bis 3 Jahre. Die Verhältniszahl der endgiltigen Begnadigungen läßt sich bei der großen Zahl noch schwebender Fälle nicht leicht feststellen. Für Preußen ist die Verhältniszahl der endgiltigen Begnadigungen auf etwa 73,2 Prozent anzunehmen.

In England ist gestern eine neue neue Parlamentssession feierlich durch den König eröffnet worden. In der von dem König verlesenen Thronrede wird in erster Linie hervorgehoben, daß die Beziehungen Englands zu allen auswärtigen Mächten fortgesetzt freundschaftliche seien. Die Blockade der venezolanischen Häfen habe sich notwendig erwiesen, wegen der Beschimpfungen der britischen Flagge und des gegen die Person und das Eigentum englischer Staatsangehöriger begangenen Unrechts und habe zu Verhandlungen zur Regelung aller kritischen Fragen geführt. Der König freut sich, daß eine Beilegung erreicht ist, welche es den blockierenden Mächten ermöglicht, alle feindseligen Flottenoperationen sofort zu Ende zu bringen. Die Thronrede macht sodann Mitteilung von dem Abschluß des Vertrages, nach welchem die Alaska-Grenzfrage schiedsrichterlicher Entscheidung unterbreitet wird und fährt fort: Der Zustand der europäischen Provinzen der Türkei gibt Anlaß zu ernster Besorgnis. Ich habe mich aufs beste bemüht, dem Sultan und seinen Ministern die dringende Notwendigkeit praktischer wohlwogener Reformmaßnahmen vorzustellen. Die Regierungen von Österreich-Ungarn und Rußland haben Erwägungen darüber angestellt, von welchen Reformen es wünschenswert wäre, daß die Mächte, die am Berliner Vertrag teilgenommen haben, sie dem Sultan zur sofortigen Annahme empfehlen. Ich vertraue, daß die gemachten Vorschläge sich für den Zweck als ausreichend erweisen werden, und daß ich es möglich finden werde, ihnen meine herzliche Unterstützung zu leisten. Die Thronrede spricht sodann das Bedauern des Königs aus, daß die Bemühungen der britischen Regierung, zusammen mit der türkischen Regierung eine gemeinsame Festsetzung der Grenzen des Hinterlandes von Ahen durchzuführen, bisher noch zu keiner Abmachung geführt hätten; die Verhandlungen über den Gegenstand würden dringlich betrieben. Die Entwicklung in Sidafrika schreite in befriedigender Weise fort. Der Besuch des Kolonialministers habe daselbst bereits die besten Ergebnisse gezeigt. Die übrigen Ausführungen der Thronrede bieten für das Ausland kein sonderliches Interesse.

Deutschland.

XX Berlin, 17. Februar. (Neue D. struktion?) So sieht ein beschlußfähiges Haus aus? Herbe Enttäuschung drängte diese zweifelnde Frage auf die Lippen aller Derer, die mit zuverlässiger Gewißheit darauf bauten, heute endlich werde durch eine beschlußfähige Anzahl von Abgeordneten der endlose Faden der sozialpolitischen Debatten und Wohlreden abgebrochen und die Erörterung in die Bahnen sachgemäßer Behandlung gelenkt werden können. Gütliche Hoffnung! Wenn auch wirklich einige Abgeordnete dem dringenden telegraphischen Rufe folgten, so räumten andere dafür das Feld — der Sitzungssaal bietet trotz des gestrigen Erholungstages den Anblick trostloser Verlassenheit. Prozentual scheint das Zentrum am schwächsten vertreten. Was soll das bedeuten? Uns steigt der Verdacht eines bestimmten Zweckes für diese glänzenden Rufen auf. Soll damit eine passive Obstruktion betrieben werden, eine Obstruktion der Abwesenheit, um die Anwesenheitsgelder, die Diäten, zu erzwingen? Denn bei Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes sind die Gesetze schlechterdings nicht zu führen. Der ganze Gesetzgebungsapparat kann absolut nicht funktionieren — wie soll der Etat zu stande kommen? Durch Änderung der Geschäftsordnung? Die „Germania“ klopft zwar schon mit der Erörterung einer derartigen Maßregel auf den Busch; aber zu deren Genehmigung muß doch auch erst wieder ein beschlußfähiges Haus vorhanden sein und der von der „Germania“ langierte Vorschlag einer Änderung der Geschäftsordnung müßte wiederum die leidenschaftlichsten Debatten und Obstruktionsversuche hervorruhen. Auf alle diese hypothetischen Fragen und Mutmaßungen läßt sich nur mit einer Forderung oder Antwort erwidern: Diäten! Von der Lösung der Diätenfrage wird auch wesentlich die Physiognomie und die Signatur des nächsten Reichstages abhängen. Soll der Mittelstand eine entsprechende Vertretung finden, so kann dies nur durch Gewährung von Diäten geschehen. — Über die heutige materielle Debatte läßt sich wenig sagen: auf eine 2 1/2 stündige Rede des Sozialdemokraten Sachse folgten ebenfalls zwei sehr langatmige Erklärungen seitens eines sächsischen und preussischen Regierungsvertreters, dann die Ausführungen des wilhelmsliberalen Abgeordneten Schwarz-Wianden gegen die übertriebenen Darstellungen Mollenhuths in den Väterereiben. Die Aufmerksamkeit wurde jedoch während dieser Rede durch ein trauliches tête-à-tête am Regierungstisch zwischen dem Staatssekretär Graf Rosadowsky und Dr. Dertel gesehelt. Unter völliger Teilnahmslosigkeit der Zuhörer mußten die Abgg. Stodmann (Rp.) und Euler (Zentr.) sprechen. Gegen 6 Uhr betrat der sozialdemokratische Abg. Zubeil die Rednertribüne. Immer mehr und mehr liest sich das Haus; selbst auf den Bänken der sozialdemokratischen Fraktion sind nur noch 7 treue Genossen zu zählen. Um 1/27 Uhr schloß die Sitzung bei Anwesenheit von etwa 40 Abgeordneten. Und morgen geht die Debatte weiter!

Dresden, 17. Februar. Das Allgemeinbefinden des Prinzen Friedrich Christian war heute befriedigend; der Prinz hatte mehrfach stürzenden Schlaf.

Oesterreich.

Wien, 17. Februar. (Von einem Privatkorrespondenten.) Die „Neue Freie Presse“ meldet: Die österreichisch-russische Reformnote ist heute den Kabinetten von Berlin, London, Paris und Rom überreicht worden und soll am Donnerstag der Postre übermittelte werden. Sollten von seiten der Mächte Einwendungen erhoben werden, so wird die Überreichung an die Postre erst am Sonnabend erfolgen. Die Reformvorschläge Österreichs und Rußlands sind finanzieller und administrativer Natur und zum überwiegenden Teile solche, welche die Postre bereits selbst wiederholt gemacht, aber nie ausgeführt hat. Neu ist die Forderung, daß die Bahneneingänge nicht mehr nach Konstantinopel geschickt, sondern im Lande für dessen Verwaltung verwendet werden sollen. Ferner soll ein Gouverneur ernannt werden, der zwar kein Christ sein muß, aber so ausgedehnte Vollmacht erhalten soll, daß er sich nicht in jedem einzelnen Falle um Instruktionen an die Postre zu wenden braucht.

Budapest, 17. Februar. Abgeordnetenhause. Im Verlauf einer Rede des Landesverteidigungsministers Fejervary kommt es zu einem stürmischen Zwischenfall. Der Minister ruft dem Abgeordneten Jozsa Lengyel (Kosuthpartei) auf eine von diesem aufgestellte Behauptung hin zu: „Sie lügen“ und wiederholt mit erhobener Stimme diesen Zuruf. Es entsteht hierauf ein ungeheurer Tumult. Die Abgeordneten verlassen ihre Plätze und geraten untereinander in heftigen Wortwechsel. Der Tumult dauert mehrere Minuten. Die Opposition schreit unaufhörlich: „Der Minister darf nicht“

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 18. Februar.

Die deutsche Kolonialgesellschaft (Abteilung Bromberg) hatte gestern Abend bei Wierich einen Vortrag...

Staubmassen usw. Eine Lüftung der mit verdorbener Luft gefüllten Räume gelänge auf verschiedene Weise...

ein Chor gebildet, der mehrere Lieder zum Besten gab. K. Mrottschen, 16. Februar. (Lesevereine. Personalien.) Der hiesige deutsche Leseverein...

Grosclaude den Lesern des „Figaro“. „Welche Freude,“ schreibt er, „für einen leidenschaftlichen Freund der Tiere...

Bunte Chronik.

Berlin, 17. Februar. Als heute Nachmittag 4 1/2 Uhr der Buchhalter Friedrich Arndt...

Blähungen, Stuhlverstopfung. Schmerz, Gefühl von Völsein u. sonst. Verdauungsstörungen sollte man bald mit Dr. Roos' Flatulin-Pillen behandeln.

